



MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

60. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 18. Januar 2007

Nummer 2

Inhalt

I.

Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL NRW.) aufgenommen werden.

Glied.-Nr.	Datum	Titel	Seite
21210	22. 11. 2006	Änderung der Beitragsordnung der Apothekerkammer Westfalen-Lippe vom 22. November 2006 . . .	34
21220	18. 11. 2006	Änderung der Satzung der Nordrheinischen Ärzteversorgung vom 18. November 2006	34
2128	12. 12. 2006	Gem RdErl. d. Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales, des Innenministeriums u. d. Justizministeriums Maßnahmen zur Sicherheit der geschlossenen Maßregelvollzugseinrichtungen bei außergewöhnlichen Sicherheitsstörungen	35
283	1. 12. 2006	Bekanntmachung der Gemeinsamen Erklärung über die Zusammenarbeit bei der Durchführung grenzüberschreitender Umweltverträglichkeitsprüfungen im deutsch-niederländischen Grenzbe- reich zwischen dem Ministerium für Wohnungswesen, Raumordnung und Umwelt des Königreichs der Niederlande und dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit der Bundesregierung Deutschland	37
772	19. 12. 2006	RdErl. d. Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz DIN 19700 – Stauanlagen (Teile 10 bis 15)	52
7861	11. 12. 2006	RdErl. d. Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von landwirtschaftlichen Betrieben in benachteiligten Gebieten (Ausgleichszulage) und in Gebieten mit umweltspezifischen Einschränkungen (Ausgleichszahlung)	52

II.

Veröffentlichungen, die **nicht** in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL NRW.) aufgenommen werden.

Datum	Titel	Seite
	Landschaftsverband Rheinland	
18. 12. 2006	Bek. – Veröffentlichung des Entzuges der Vertretungsbefugnisse für die Krankenhauszentral- wäschereien	52
	AOK Westfalen-Lippe	
12. 12. 2006	Bek. – 27. Nachtrag vom 12. 12. 2006 zur Satzung der AOK Westfalen-Lippe vom 18. 2. 1994	53
12. 12. 2006	Bek. – Zwölfter Nachtrag vom 12. 12. 2006 zum Anhang 2 zur Satzung der AOK Westfalen-Lippe vom 18. 2. 1994	54
	Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR)	
19. 12. 2006	Bek. – Jahresrechnung des Zweckverbandes VRR für das Jahr 2005 und Entlastung des Verbands- vorstehers	54
	Hinweis für die Bezieher des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen	
	Einbanddecken zum Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen – Jahrgang 2006 –	55

21210

**Änderung
der Beitragsordnung der Apothekerkammer
Westfalen-Lippe
vom 22. November 2006**

Die Kammerversammlung der Apothekerkammer Westfalen-Lippe hat in ihrer Sitzung am 22. November 2006 aufgrund des § 23 Abs. 1 des Heilberufsgesetzes (HeilBerG) vom 9. Mai 2000 (GV. NRW. S. 403), zuletzt geändert durch Gesetz vom 1. März 2005 (GV. NRW. S. 148), die folgende Änderung der Beitragsordnung der Apothekerkammer Westfalen-Lippe vom 6. Dezember 1995 beschlossen, die durch Erlass des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen vom 15. Dezember 2006 – III 7 -0810.94 – genehmigt worden ist.

Artikel I

Die Beitragsordnung der Apothekerkammer Westfalen-Lippe vom 6. Dezember 1995 (MBL. NRW. 1996 S. 407), zuletzt geändert am 16. November 2005 (MBL. NRW. S. 1376), wird wie folgt geändert:

1

§ 2 wird wie folgt geändert:

Nach Absatz 4 wird folgender Absatz 5 neu eingefügt:

„(5) Beginnt oder endet die Mitgliedschaft oder ein Beschäftigungsverhältnis im Laufe eines Kalendermonats, werden Beiträge für den vollen Kalendermonat erhoben, wenn die Mitgliedschaft oder das Beschäftigungsverhältnis 15 Kalendertage und mehr dauert. Ändert sich die Beitragspflicht der Höhe nach im Laufe eines Kalendermonats, ist diese Änderung für den gesamten Kalendermonat maßgebend, wenn sie einen Zeitraum von 15 Kalendertagen und mehr umfasst.“

2

§ 4 wird wie folgt geändert:

a) Nach Absatz 4 wird folgender Absatz 5 neu eingefügt:

„(5) Beginnt oder endet ein Beschäftigungsverhältnis im Laufe eines Kalendermonats, werden Beiträge für den vollen Kalendermonat erhoben, wenn das Beschäftigungsverhältnis 15 Kalendertage und mehr dauert. Ansonsten werden 50 % der Beiträge erhoben. Ändert sich die Beitragspflicht der Höhe nach im Laufe eines Kalendermonats, ist diese Änderung für den gesamten Kalendermonat maßgebend, wenn sie einen Zeitraum von 15 Kalendertagen und mehr umfasst.“

b) Der bisherige Absatz 5 wird Absatz 6.

Nach § 5 wird folgender § 6 neu eingefügt:

„§ 6

Zahlung des Beitrages

(1) Der Beitrag (§§ 1, 2, 3 und 4) ist innerhalb eines Monats nach Zugang der Beitragsrechnung zu zahlen.

(2) Leistet die oder der Beitragspflichtige nicht, erfolgt eine Mahnung mit der Aufforderung, innerhalb von 14 Tagen nach Zugang der Mahnung zu zahlen. Mit dieser Mahnung wird eine Mahngebühr von 5,00 Euro und ein Säumniszuschlag auf den geschuldeten Betrag in Höhe von 2 Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz der Europäischen Zentralbank erhoben.

(3) Leisten die oder der Beitragspflichtige nicht, wird die Beitragsforderung nebst Säumniszuschlägen und Kosten nach den Vorschriften des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (VwVG NRW) vollstreckt. Die durch die Vollstreckung entstehenden Kosten sind vom Beitragsschuldner zu tragen.“

3

Der bisherige § 6 wird § 7.

Artikel II

Diese Änderung der Beitragsordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen in Kraft.

Genehmigt:

Düsseldorf, den 15. Dezember 2006

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen

Im Auftrag
(G o d r y)

Ausgefertigt:

Münster, den 28. November 2006

Apothekerkammer Westfalen-Lippe

Hans-Günter F r i e s e

Präsident der Apothekerkammer Westfalen-Lippe

– MBL. NRW. 2007 S. 34

21220

**Änderung der Satzung
der Nordrheinischen Ärzteversorgung
vom 18. November 2006**

Die Kammerversammlung der Ärztekammer Nordrhein hat in ihrer Sitzung am 18. November 2006 aufgrund des § 6 Abs. 1 Nr. 10 in Verbindung mit § 20 des Heilberufsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Mai 2000 (GV. NW. S. 403) – SGV. NW 2122 – folgende Änderung der Satzung der Nordrheinischen Ärzteversorgung beschlossen, die durch Erlass des Finanzministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen vom 28.11.2006 – Vers 35-00-1 (22) III B 4 – genehmigt worden ist.

Artikel I

Die Satzung der Nordrheinischen Ärzteversorgung vom 23.10.1993 (SMBL. NW. 21220) wird wie folgt geändert:

§ 27 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 wird durch folgende Fassung ersetzt:

„Die Versorgungsabgaben der Mitglieder sind in monatlichen Beiträgen spätestens zum Letzten eines jeden Monats von dem Mitglied zu entrichten. Die Versorgungsabgaben derjenigen Mitglieder, für die der besondere Versorgungsabgabesatz gemäß §§ 21, 23 und 34 (1) maßgeblich ist, können auch zum gleichen Termin für das Mitglied vom Arbeitgeber entrichtet werden. Die Versorgungsabgaben derjenigen Mitglieder, für die der besondere Versorgungsabgabesatz gemäß § 22 maßgeblich ist, können auch zum gleichen Termin für das Mitglied von der Kassenärztlichen Vereinigung entrichtet werden.“

b) Die Absätze 2 und 3 werden ersatzlos gestrichen.

c) Abs. 4 erhält die Absatzbezeichnung „(2)“.

Artikel II

Diese Satzungsänderung tritt am 1. Januar 2007 in Kraft.

Genehmigt.

Düsseldorf, den 28. November 2006

Finanzministerium
des Landes Nordrhein-Westfalen

Im Auftrag
(Dr. Siegel)

Ausgefertigt am: 18. Dezember 2006

Düsseldorf, den 18. Dezember 2006

Professor Dr. med. Dr. h. c. Jörg-Dietrich H o p p e
Präsident

– MBl. NRW. 2007 S. 34

2128

Maßnahmen zur Sicherheit der geschlossenen Maßregelvollzugseinrichtungen bei außergewöhnlichen Sicherheitsstörungen

Gem. RdErl. d. Ministeriums für Arbeit,
Gesundheit und Soziales (III 8-0541.2.6),
d. Innenministeriums (41-60.10.09) u. d.
Justizministeriums (4423 III. 1 Sdb. AG
Neuorganisation)
v. 12.12.2006

Bei außergewöhnlichen Sicherheitsstörungen in den Maßregelvollzugseinrichtungen des geschlossenen Vollzuges ist eine enge Zusammenarbeit zwischen Maßregelvollzugseinrichtung, Polizei, dem Landesbeauftragten für den Maßregelvollzug, dem Träger der Maßregelvollzugseinrichtung, der Verbindungsgruppe Maßregelvollzug/Polizei und der örtlich zuständigen Staatsanwaltschaft erforderlich. Außergewöhnliche Sicherheitsstörungen können z.B. Geiselnahmen, Meutereien, gewalttätige Befreiungsversuche oder Bedrohungslagen, die mit Mitteln des Vollzuges nicht wirksam bekämpft werden können, sein.

Die Ermittlungszuständigkeiten werden dadurch nicht berührt.

1

Vorbereitende Maßnahmen

1.1

Für jede Maßregelvollzugseinrichtung wird für den Fall außergewöhnlicher Sicherheitsstörungen in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Polizeibehörden ein Einsatzplan erstellt. Die Verbindungsgruppe Maßregelvollzug/Polizei ist zu beteiligen.

1.2

Im Einsatzplan ist insbesondere festzulegen bzw. organisatorisch vorzubereiten,

1.2.1

an welche Polizeidienststelle und auf welchem Verbindungswege ein Ersuchen der Maßregelvollzugseinrichtung um polizeiliches Eingreifen zu richten ist; dabei sind nach Möglichkeit mehrere Kommunikationswege vorzusehen,

1.2.2

auf welchem Wege die Polizeikräfte die Maßregelvollzugseinrichtung möglichst schnell und, wenn erforderlich, von den Patientinnen und Patienten und einstweilig untergebrachten Personen (im Folgenden: Untergebrachten) unbemerkt erreichen und betreten können; es kann zweckmäßig sein, Schlüssel der Maßregelvollzugseinrichtung bei der örtlich zuständigen Polizeidienststelle zu hinterlegen.

1.3

Die Leitung der Einrichtung erstellt darüber hinaus im Rahmen der Einsatzplanung insbesondere

1.3.1

einen Notrufrkalender, aus dem ersichtlich ist, welche Stellen innerhalb und außerhalb der Maßregelvollzugseinrichtung zu unterrichten sind sowie durch welche Mitarbeiter der Einrichtung, auf welchem Wege und in welcher Reihenfolge dies zu geschehen hat.

Vorzusehen ist in jedem Fall die Unterrichtung

- der örtlich zuständigen Polizeidienststelle,
- des Leiters der Einrichtung,
- der zuständigen Rettungsdienste,
- des Landesbeauftragten für den Maßregelvollzug, der seinerseits das für den Maßregelvollzug zuständige Ministerium benachrichtigt,
- des Trägers und
- der örtlich zuständigen Staatsanwaltschaft,

1.3.2

einen Maßnahmenkatalog, der unter Berücksichtigung denkbarer Einzelfälle festlegt, welche Maßnahmen durch die Mitarbeiter der Einrichtung bis zum Eintreffen der Polizei zu ergreifen sind,

1.3.3

einen Plan für die anderweitige Unterbringung der Untergebrachten innerhalb der Maßregelvollzugseinrichtung, falls Teile derselben geräumt werden müssen. Für den Fall, dass die gesamte Maßregelvollzugseinrichtung geräumt werden muss oder dass bei Teilräumungen eine anderweitige Unterbringung innerhalb der Maßregelvollzugseinrichtung nicht möglich ist, ist vorzusehen, an welchen Ort die Untergebrachten vorübergehend verbracht werden sollen, bis die Verlegung in andere Maßregelvollzugseinrichtungen durchgeführt werden kann. Die Möglichkeit der Inanspruchnahme von Amtshilfe ist hierbei ebenso zu berücksichtigen wie die Möglichkeit der Inanspruchnahme nicht verantwortlicher Personen durch die Ordnungsbehörde oder durch die Polizei. Die Verlegung der Untergebrachten in andere Maßregelvollzugseinrichtungen regelt der Träger.

1.4

Die Leitung der Einrichtung unterrichtet den Träger, den Landesbeauftragten für den Maßregelvollzug, die örtlich zuständige Staatsanwaltschaft und die Verbindungsgruppe Maßregelvollzug/Polizei über die Einsatzplanung und bittet sie ggf. um Teilnahme an wichtigen Besprechungen, Besichtigungen und Übungen.

1.5

Die Leitung der Einrichtung, die örtlich zuständige Kreispolizeibehörde und die gem. § 4 der Verordnung über die Bestimmung von Polizeipräsidien zu Kriminalhauptstellen (KHSt-VO) zuständige Polizeibehörde halten gem. der PDV 132 – VS-NfD – Einsatz bei Geiselnahmen – kalendermäßig zusammengefasste Einsatzunterlagen bereit. Sie stimmen ihre Planungen miteinander ab und unterstützen sich gegenseitig durch Beratung und Austausch von Informationen. Insbesondere ist die gegenseitige Unterrichtung über alle Umstände sicherzustellen, die ein erhöhtes Sicherheitsrisiko für die Einrichtung enthalten oder durch die es außerhalb der Einrichtung zu demonstrativen Aktionen kommen kann. Die Maßregelvollzugseinrichtungen und die örtlich zuständigen Kreispolizeibehörden benennen einen Ansprechpartner.

Die Federführung im Bereich der Polizei liegt bei der gem. § 4 KHSt-VO zuständigen Polizeibehörde.

Die Einsatzunterlagen sind landesweit einheitlich zu gestalten und als Verschlusssache – VS NfD – einzustufen. Sie sind Bediensteten nur insoweit bekannt zu geben, als dies im Hinblick auf deren dienstliche Funktion erforderlich ist.

Über Änderungen unterrichten sich die beteiligten Stellen unverzüglich.

1.6

Die Leitung der Einrichtung führt unter Beteiligung der Sicherheitsfachkraft Begehungen durch, an denen neben Vertretern der nach § 4 KHSt-VO zuständigen Polizeibehörde und deren Spezialeinheiten auch Vertreter der ört-

lich zuständigen Polizeibehörde, des Trägers und des Landesbeauftragten für den Maßregelvollzug teilnehmen. Die Leitung der Einrichtung stimmt den Begehungstermin mit der örtlich zuständigen Polizeibehörde ab. Diese veranlasst die Beteiligung der nach § 4 KHStVO zuständigen Polizeibehörde. Die Leitung der Einrichtung teilt die Begehungstermine der Verbindungsgruppe Maßregelvollzug/Polizei, dem Träger und dem Landesbeauftragten für den Maßregelvollzug mit. Im Rahmen der Begehungen sind insbesondere die für den Einsatzfall von der Polizei benötigten Funktionsräume sowie die Ausstattung mit Kommunikations- und Bürotechnik festzulegen. Bei der technischen Ausstattung der Funktionsräume sind ähnlich hohe Maßstäbe wie in den Justizvollzugsanstalten anzulegen. Über beabsichtigte baulich-technische Veränderungen sollte die Verbindungsgruppe Maßregelvollzug/Polizei frühzeitig unterrichtet werden, soweit der Bereich der baulichen und technischen Sicherheit der Einrichtungen betroffen ist.

Die Begehungen sind alle zwei Jahre zu wiederholen und durch die Leitung der Einrichtung zu dokumentieren. Die Dokumentation wird der Sicherheitsfachkraft bekannt gegeben. Darüber hinaus sind anlassbezogenen Begehungen durchzuführen. Daran ist die Verbindungsgruppe Maßregelvollzug/Polizei zu beteiligen.

1.7

Die Leitung der Einrichtung, die zuständigen Kreispolizeibehörden und Rettungsdienste führen gemeinsame Übungen durch. Die Behörden und Einrichtungen des Maßregelvollzuges und die Polizei unterstützen sich gegenseitig bei den Aus- und Fortbildungsmaßnahmen zur Vorbereitung auf die Bewältigung von außergewöhnlichen Sicherheitsstörungen.

2

Maßnahmen bei Eintritt einer Sicherheitsstörung

2.1

Bei einer außergewöhnlichen Sicherheitsstörung informiert der Leiter der Einrichtung oder der nach dem Notrufkalender hierzu Bestimmte sofort die örtlich zuständige Polizeibehörde und führt die danach vorgesehenen Alarmierungen durch.

2.2

Durch die Leitung der Einrichtung sind bis zum Eintreffen der Polizei nur die Maßnahmen zu ergreifen, die eine Ausweitung oder Verlagerung der Sicherheitsstörung verhindern und den Vorbereitungen für den Polizeieinsatz dienen. (Auf den Erstmaßnahmenkatalog des Rahmeneinsatzplanes wird in diesem Zusammenhang hingewiesen.)

2.3

Ein Zugriff auf die Täter ist vor Eintreffen der Polizei grundsätzlich zu unterlassen. Ausnahmsweise sollte er nur dann erfolgen, wenn ein Handeln als unabweisbare Reaktion erforderlich ist oder nach sorgfältiger Abwägung sich eine günstige Gelegenheit bietet, bei der eine Gefährdung von Geiseln, Mitarbeitern der Einrichtung und Unbeteiligten mit hoher Wahrscheinlichkeit auszuschließen ist.

2.4

Die Mitarbeiter der Einrichtung sollen grundsätzlich keinen eigenständigen Kontakt mit den Tätern aufnehmen.

Ausnahmsweise kann eine Kontaktaufnahme dann geboten sein, wenn dies zur Abwehr einer Gefahr für Leib und Leben erforderlich ist.

Sind Kontaktaufnahmen unabweisbar (etwa bei Kontaktaufnahme durch den Täter), sollten sie von besonders geschulten Mitarbeitern (Erstsprechern) wahrgenommen werden. Zusagen an die Täter sind grundsätzlich zu unterlassen; ein Zeitgewinn ist anzustreben.

2.5

Alle Maßnahmen sind von Beginn an zu dokumentieren.

2.6

Es sind alle erreichbaren Informationen zusammenzutragen, die für die Beurteilung der Lage von Bedeutung sein können. Dazu zählen insbesondere Angaben über

- die Identität und das Aussehen von Tätern und etwaigen Geiseln,
- die physische und psychische Konstitution dieser Personen,
- die der Unterbringung zugrunde liegende(n) Straftat(en), die aktuelle(n) Diagnose(n) und den Stand des Vollzuges,
- das bisherige Unterbringungsverhalten,
- mögliche Ursachen für die Tat,
- Mitarbeiter der Einrichtung, Angehörige oder sonstige Bezugspersonen, von denen anzunehmen ist, dass sie das Vertrauen der Täter besitzen und für den Versuch einer Einflussnahme auf die Täter geeignet sind,
- die mögliche Bewaffnung der Täter.

Die Maßregelvollzugseinrichtung stellt einen jederzeitigen Zugriff auf die entsprechenden Unterlagen sicher.

2.7

Im Falle einer außergewöhnlichen Sicherheitsstörung begibt sich ein Angehöriger der Verbindungsgruppe Maßregelvollzug/Polizei zum polizeilichen Führungstab. Ein Vertreter der Maßregelvollzugseinrichtung stellt die Verbindung zum Leiter der Einrichtung sicher.

3

Maßnahmen nach Einsatzübernahme durch die Polizei

3.1

Im Fall einer außergewöhnlichen Sicherheitsstörung übernimmt die gem. § 4 KHStVO zuständige Polizeibehörde zum frühestmöglichen Zeitpunkt die Einsatzleitung.

Die Leitung der Einrichtung behält die Verantwortung für Sicherheit und Ordnung in der Maßregelvollzugseinrichtung, soweit nicht die Polizei diese Aufgabe im Zusammenhang mit dem Vorgehen gegen die Störer übernimmt. Soweit möglich, unterstützt die Einrichtungsleitung die Polizei bei der Einsatzbewältigung.

Im Übrigen setzt die Leitung der Einrichtung die Mitarbeiter der Einrichtung vornehmlich zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung in den von der Sicherheitsstörung nicht betroffenen Teilen der Maßregelvollzugseinrichtung ein.

3.2

Die Richtlinien über die Anwendung unmittelbaren Zwangs durch Polizeibeamte auf Anordnung der Staatsanwaltschaft in der jeweils gültigen Fassung bleiben unberührt.

3.3

Weisungen von Polizei oder Staatsanwaltschaft zum Einsatz von Mitarbeitern der Einrichtung bedürfen nach Möglichkeit der vorherigen Zustimmung der Einrichtungsleitung. Der Einsatz der Mitarbeiter, insbesondere die Anwendung unmittelbaren Zwangs durch diese, richtet sich nach den für die Maßregelvollzugseinrichtung geltenden gesetzlichen Bestimmungen in der jeweils gültigen Fassung.

3.4

Die Zwangsanwendung der Polizei richtet sich nach dem PolG NRW in der jeweils gültigen Fassung.

4

Entscheidung über Forderungen der Täter

4.1

Nach Übernahme der Einsatzleitung durch die Polizei entscheidet der Polizeiführer über die Behandlung von Täterforderungen. Die Behandlung vorher gestellter Täterforderungen ist daher möglichst bis zur Einsatzübernahme zurückzustellen.

4.2

Bei Forderungen, die sich auf den Bereich der Maßregelvollzugseinrichtung beschränken, ist Einvernehmen mit der Einrichtungsleitung anzustreben.

4.3

Für den Fall, dass eine Freilassung gefordert wird oder eine solche Forderung zu erwarten ist, hat die Leitung

der Einrichtung die Zustimmung der Strafvollstreckungsbehörde oder des Jugendrichters als Vollstreckungsleiter über eine eventuelle Freilassung einzuholen. In Fällen der einstweiligen Unterbringung gemäß § 126 a StPO ist die Zustimmung des zuständigen Richters, bis zur Erhebung der öffentlichen Anklage auch die der zuständigen Staatsanwaltschaft (§ 120 Abs. 3 StPO) erforderlich. Bei vorläufigen Maßnahmen gemäß §§ 81 StPO, 73 JGG, 453 c StPO i.V.m. § 463 StPO bedarf es der Zustimmung des zuständigen Richters.

4.4

Kann eine Entscheidung gem. Nr. 4.3 nicht rechtzeitig herbeigeführt werden, entscheidet die Einrichtungsleitung in Absprache mit der Polizei unter Notstandsge-sichtspunkten.

5

Zusammenarbeit mit der Presse

Polizei, Maßregelvollzug und die zuständige Staatsanwaltschaft wirken bei der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Einsatzfall vertrauensvoll zusammen.

Eine Gefährdung der Geiseln und der polizeilichen Maßnahmen durch die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ist zu vermeiden.

Der Polizeiführer entscheidet über Art und Umfang der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Für die Maßregelvollzugseinrichtung gilt der RdErl. d. MFJFG vom 20. 1. 2000 (III C 5 – 0540.4.1/1330).

6

Einsatznachbereitung

6.1

Jede außergewöhnliche Sicherheitsstörung ist jeweils im Zuständigkeitsbereich des Maßregelvollzugs und der Polizei nachzubereiten.

Die Verbindungsgruppe Maßregelvollzug/Polizei ist zu beteiligen. Auf der Grundlage der dabei gewonnenen Erkenntnisse führt die Verbindungsgruppe Maßregelvollzug/Polizei eine gemeinsame Nachbereitung durch.

6.2

Die Ergebnisse der Nachbereitungen sind bei der Fortschreibung der Einsatzunterlagen sowie in der Fortbildung von Mitarbeitern im Maßregelvollzug und Polizeibeamten umzusetzen und den Sicherheitsfachkräften aller Maßregelvollzugseinrichtungen unter Beachtung des Datenschutzes bekannt zu geben.

283

**Bekanntmachung
der Gemeinsamen Erklärung
über die Zusammenarbeit bei der Durchführung
grenzüberschreitender Umweltverträglichkeits-
prüfungen im deutsch-niederländischen
Grenzgebiet
zwischen
dem Ministerium für Wohnungswesen,
Raumordnung und Umwelt
des Königreichs der Niederlande
und
dem Bundesministerium für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit
der Bundesregierung Deutschland**

v. 1. 12. 2006

Das Ministerium für Wohnungswesen, Raumordnung und Umwelt des Königreichs der Niederlande und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit der Bundesrepublik Deutschland haben unter Beteiligung des Umweltministeriums des Landes Niedersachsen und des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen im Mai/Juni 2005 die Gemeinsame Erklärung über die Zusammenarbeit bei der Durchführung grenzüberschreitender Umweltverträglichkeitsprüfungen im deutsch-niederländischen Grenzraum vom 17. Mai 2005 unterzeichnet.

Die Gemeinsame Erklärung wird nachfolgend **(Anlage)** bekanntgegeben.

Düsseldorf, den 1. Dezember 2006

Ministerium für Umwelt und Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Nordrhein-Westfalen

In Vertretung

Dr. S c h i n k

Anlage 1 zur Bek. v. 1.12.2006

**Gemeinsame Erklärung
über die Zusammenarbeit bei der Durchführung grenzüberschreitender
Umweltverträglichkeitsprüfungen im deutsch – niederländischen Grenzbereich
zwischen
dem Ministerium für Wohnungswesen, Raumordnung und Umwelt
des Königreichs der Niederlande
und
dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
der Bundesrepublik Deutschland**

**Gezamenlijke verklaring
inzake de samenwerking bij de uitvoering van grensoverschrijdende milieu-effectrapportage
in het Nederlands-Duitse grensgebied
tussen
het ministerie van Volkshuisvesting, Ruimtelijke Ordening en Milieu van
het Koninkrijk der Nederlanden
en
het bondsministerie van Milieuzaken, Natuurbescherming en Veiligheid van Nucleaire Installaties
van de Bondsrepubliek Duitsland**

I.

Das am 10. September 1997 in Kraft getretene UN ECE-Übereinkommen über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen (Espoo-Konvention) sieht bei der Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen für die in der Konvention genannten Projekte bei möglichen erheblichen nachteiligen grenzüberschreitenden Auswirkungen eine gleichwertige Beteiligung der Behörden und der Öffentlichkeit des Nachbarlandes vor.

Um eine übereinstimmende Regelung zwischen der Espoo-Konvention und der Richtlinie 85/337/EWG über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten (UVP-Richtlinie der EG) zu schaffen, sind durch die Neufassung des Artikels 7 nach der UVP-Änderungsrichtlinie 97/11/EG vom 3. März 1997 die Regelungen der Espoo-Konvention in die UVP-Richtlinie der EG aufgenommen worden. Artikel 7 der UVP-Richtlinie der EG enthält daher nun die wichtigsten Grundsätze der Espoo-Konvention. Dies sind unter anderem die Pflicht zur Beteiligung von Behörden und der Öffentlichkeit des Nachbarlandes spätestens zu dem Zeitpunkt, zu dem auch im eigenen Staat die Öffentlichkeit unterrichtet wird, Beratungen über mögliche grenzüberschreitende Auswirkungen

I.

Het op 10 september 1997 in werking getreden VN ECE-verdrag inzake milieu-effectrapportage in grensoverschrijdend verband (Espoo-verdrag) voorziet in deelname op gelijke voet door de autoriteiten en het publiek van het buurland bij de uitvoering van milieu-effectrapportage (m.e.r.) met betrekking tot de in het verdrag genoemde projecten met mogelijk aanzienlijke nadelige grensoverschrijdende gevolgen.

Teneinde een regeling te treffen die het Espoo-verdrag en EU-richtlijn 85/337/EEG betreffende de milieueffectbeoordeling van bepaalde openbare en particuliere projecten (m.e.r.-richtlijn van de EG) met elkaar in overeenstemming brengt, zijn door de herformulering van artikel 7 conform richtlijn 97/11/EG van 3 maart 1997 tot wijziging van de m.e.r.-richtlijn de regelingen van het Espoo-verdrag opgenomen in de m.e.r.-richtlijn van de EG. Artikel 7 van de m.e.r.-richtlijn van de EG bevat derhalve thans de belangrijkste beginselen van het Espoo-verdrag. Dit zijn o.a. de plicht tot deelname van autoriteiten en publiek van het buurland uiterlijk op het tijdstip waarop ook het publiek in de eigen staat wordt ingelicht, consultatie over mogelijke grensoverschrijdende effecten van het project en het feit dat bij de besluitvorming rekening moet worden gehouden

2

des Projektes und die Berücksichtigung der Stellungnahmen aus dem Nachbarland bei der Entscheidung.

Die geänderte UVP-Richtlinie der EG wurde in das nationale Recht umgesetzt durch das „Wet van 29 april 1999, Stb. 208, tot wijziging van de Wet van 13 juni 1979, Stb. 442, houdende regeling met betrekking tot een aantal onderwerpen op het gebied van de milieuhygiene (Wet milieubeheer)“ und durch das Gesetz zur Umsetzung der UVP-Änderungsrichtlinie, der IVU-Richtlinie und weiterer EG-Richtlinien zum Umweltschutz vom 27. Juli 2001 (Bundesgesetzblatt, Teil I vom 2. August 2001, Seite 1950; das deutsche Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) wurde neu bekannt gemacht in Bundesgesetzblatt, Teil I vom 5. September 2001, Seite 2350) sowie durch das Niedersächsische Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (NUVPG) vom 5. September 2002 (Niedersächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt vom 20. September 2002, Seite 378) und das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung im Lande Nordrhein-Westfalen (UVPG NRW) vom 29. April 1992 (Gesetz- und Verordnungsblatt des Landes Nordrhein-Westfalen vom 3. Juni 1992, Seite 175, geändert am 4. Mai 2004, S. 259).

Bereits seit geraumer Zeit finden in der Praxis nach guter nachbarschaftlicher Art ein grenzüberschreitender Informationsaustausch und Konsultationen statt. Es hat sich dabei herausgestellt, dass für eine angemessene Erfüllung der Verpflichtungen aus der UVP-Richtlinie der EG, aus der Espoo-Konvention und aus den nationalen Gesetzen konkrete bilaterale Abmachungen über die praktische Durchführung der Umweltverträglichkeitsprüfung von wesentlicher Bedeutung sind.

Die UVP-Richtlinie der EG, die Espoo-Konvention und die Umsetzung in nationale Vorschriften enthalten nur die Grundzüge der Beteiligung und von Konsultationen. Zahlreiche Fragen der praktischen Handhabung sind in diesen Vorschriften nicht festgelegt worden.

Sowohl die Espoo-Konvention als auch die UVP-Richtlinie der EG in der Fassung der UVP-Änderungsrichtlinie sehen ausdrücklich die

met het standpunt van het buurland.

De gewijzigde m.e.r.-richtlijn van de EG is in het nationale recht omgezet door de Wet van 29 april 1999, Stb. 208, tot wijziging van de Wet van 13 juni 1979, Stb. 442, houdende regeling met betrekking tot een aantal onderwerpen op het gebied van de milieuhygiëne (Wet milieubeheer) en door het "Gesetz zur Umsetzung der UVP-Änderungsrichtlinie, der IVU-Richtlinie und weiterer EG-Richtlinien zum Umweltschutz" van 27 juli 2001 (Bundesgesetzblatt, Teil I, van 2 augustus 2001, p. 1950; het federale "Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung" (UVPG) werd opnieuw gepubliceerd in Bundesgesetzblatt, Teil I van 5 september 2001, p. 2350) in verband met het "Niedersächsische Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung" (NUVPG) van 5 september 2002 (Niedersächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt van 20 september 2002, p. 378) en het "Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung im Lande Nordrhein-Westfalen" (UVPG NRW) van 29 april 1992 (Gesetz- und Verordnungsblatt des Landes Nordrhein-Westfalen van 3 juni 1992, p. 175, zoals gewijzigd op 4 mei 2004, p. 259).

Sedert geruime tijd vindt in de praktijk volgens goed nabuurschap reeds grensoverschrijdende informatie-uitwisseling en overleg plaats. Daarbij is gebleken dat voor een adequate nakoming van de verplichtingen uit hoofde van de m.e.r.-richtlijn van de EG, het Espoo-verdrag en de nationale wetgeving concrete bilaterale afspraken over de praktische uitvoering van milieu-effectrapportage van wezenlijk belang zijn.

De m.e.r.-richtlijn van de EG, het Espoo-verdrag en de omzetting in nationale regelgeving bevatten alleen de hoofdlijnen voor deelname en overleg. Talrijke kwesties op het gebied van de praktische uitvoering zijn niet vastgelegd in deze voorschriften.

Zowel het Espoo-verdrag als de m.e.r.-richtlijn van de EG in de gewijzigde versie voorzien uitdrukkelijk in de bevoegdheid van de

Befugnis der Vertrags- beziehungsweise Mitgliedstaaten vor, bilateral die Einzelheiten der Durchführung einer grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung festzulegen.

II.

Das Ministerium für Wohnungswesen, Raumordnung und Umwelt des Königreichs der Niederlande und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit der Bundesrepublik Deutschland haben sich unter Beteiligung der Umweltministerien des Landes Nordrhein-Westfalen und des Landes Niedersachsen daher darauf verständigt, dass bei Vorhaben mit möglicherweise grenzüberschreitenden Auswirkungen im deutsch-niederländischen Grenzbereich die grenzüberschreitende Umweltverträglichkeitsprüfung nach den nachfolgenden Grundsätzen durchgeführt werden soll.

Soweit es sich um ein Projekt handelt, das als bilaterales Projekt auf beiden Seiten der Grenze verwirklicht wird, sollen die Grundsätze sinngemäß gelten, soweit nicht aufgrund der besonderen Verfahrenssituation spezielle Verfahrensgrundsätze zur Anwendung kommen.

Diese Grundsätze sind auch begründet auf der Gemeinsamen Erklärung über die Zusammenarbeit im Bereich des Umweltschutzes zwischen den Gedeputeerde Staten van Gelderland, den Gedeputeerde Staten van Limburg, den Gedeputeerde Staten van Overijssel und der Landesregierung Nordrhein-Westfalen vom 5. Dezember 1998. Die Grundsätze entsprechen dem Geist der im Rahmen der Neue Hanse Interregio zwischen den nordostniederländischen Provinzen Drenthe, Friesland, Groningen und Overijssel sowie Niedersachsen und Bremen am 20. März 1991 geschlossenen Vereinbarung.

Sie sollen auf dem Prinzip des gegenseitigen Vertrauens beruhen und zum beiderseitigen Vorteil zur Festigung gut nachbarlicher Beziehungen beitragen. Die Grundsätze sollen auf Gegenseitigkeit und Gleichwertigkeit beruhen und damit auch mögliche

3

verdragsluitende staten respectievelijk van de lidstaten bijzonderheden m.b.t. de uitvoering van grensoverschrijdende milieu-effectrapportage bilateraal te regelen.

II.

Het ministerie van Volkshuisvesting, Ruimtelijke Ordening en Milieu van het Koninkrijk der Nederlanden en het bondsministerie van Milieuzaken, Natuurbescherming en Veiligheid van Nucleaire Installaties van de Bondsrepubliek Duitsland zijn daarom, met medewerking van de milieuministeries van de deelstaten Noordrijn-Westfalen en Nedersaksen, overeengekomen dat bij projecten met mogelijk grensoverschrijdende gevolgen in het Nederlands-Duitse grensgebied de grensoverschrijdende milieu-effectrapportage overeenkomstig de volgende beginselen plaats dient te vinden.

De beginselen dienen overeenkomstig te gelden voor projecten die als bilaterale projecten aan weerszijden van de grens worden gerealiseerd, tenzij vanwege de bijzondere situatie specifiekere procedurebeginselen van toepassing zijn.

Deze beginselen zijn ook gebaseerd op de gemeenschappelijke verklaring inzake de samenwerking op het gebied van milieubescherming tussen Gedeputeerde Staten van Gelderland, Gedeputeerde Staten van Limburg, Gedeputeerde Staten van Overijssel en de deelstaatregering van Noordrijn-Westfalen van 5 december 1998.

De beginselen zijn in de geest van de in het kader van de Nieuwe Hanze Interregio tussen de noordoostelijke provincies Drenthe, Friesland, Groningen en Overijssel alsmede Nedersaksen en Bremen op 20 maart 1991 gesloten overeenkomst.

De beginselen dienen te zijn gebaseerd op wederzijds vertrouwen en te strekken tot wederzijds voordeel teneinde goede nabuurschappelijke betrekkingen te consolideren. De beginselen dienen op wederkerigheid en gelijkwaardigheid te berusten en daarmee tevens

4

Wettbewerbsverzerrungen im deutsch – niederländischen Grenzgebiet verringern. Sie sollen damit der Förderung wirtschaftlicher Beziehungen dienen.

1. Diese Grundsätze sollen für alle Umweltverträglichkeitsprüfungen bei Projekten, die möglicherweise erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt im Nachbarland haben, unabhängig davon gelten, ob für denselben Projekttyp im Nachbarland eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen wäre.

2. Das Verfahren der grenzüberschreitenden Beteiligung und der Konsultationen im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung soll sich grundsätzlich nach den Rechts- und Verfahrensvorschriften für die Umweltverträglichkeitsprüfung und für das Zulassungsverfahren des Staates richten, in dessen Hoheitsgebiet das Projekt durchgeführt werden soll.

Bei der Art der Bekanntmachung, der Festlegung der Öffnungszeiten und vergleichbaren Verfahrensdetails sollen die Regelungen des Nachbarlandes zur Anwendung kommen, soweit dies nicht aufgrund gesetzlicher Vorschriften des Staates, in dessen Hoheitsgebiet das Projekt durchgeführt werden soll, ausgeschlossen ist.

In der Bekanntmachung im möglicherweise betroffenen Nachbarland soll die dortige Öffentlichkeit über die relevanten Rechts- und Verfahrensvorschriften des Landes, in dessen Hoheitsgebiet das Projekt verwirklicht werden soll, oder soweit bekannt zumindest über die von den Verfahrensvorschriften des möglicherweise betroffenen Nachbarlandes abweichenden Rechts- und Verfahrensvorschriften unterrichtet werden.

3. Das möglicherweise betroffene Nachbarland soll möglichst frühzeitig über das Projekt informiert werden.

Erfolgt eine Unterrichtung über voraussichtlich beizubringende Unterlagen (sog. Scoping), soll die Information so frühzeitig stattfinden, dass die Anlaufstelle und die betroffenen Behörden des

het gevaar van concurrentievervalsing in het Nederlands-Duitse grensgebied te beperken. Aldus dienen zij bij te dragen aan de bevordering van de economische betrekkingen.

1. Deze beginselen dienen te gelden voor alle milieu-effectrapportages voor projecten die mogelijk aanzienlijke milieu-effecten in het buurland hebben, ongeacht of voor een project van vergelijkbare aard in het buurland een milieu-effectrapportage zou moeten plaatsvinden.

2. De procedure voor grensoverschrijdende deelname en overleg in het kader van milieu-effectrapportage dient in principe uit te gaan van de wettelijke en procedurele voorschriften inzake milieu-effectrapportage en toelatingsprocedures van de staat op het grondgebied waarvan het project zal worden uitgevoerd.

Voor wat betreft de wijze van publicatie, de vaststelling van de openingstijden en soortgelijke procedurele details dienen de regelingen van het buurland toegepast te worden tenzij zulks uitgesloten is vanwege wettelijke voorschriften van de staat op het grondgebied waarvan het project zal worden uitgevoerd.

Bij de bekendmaking in het mogelijk benadeelde buurland dient het publiek aldaar voorgelicht te worden over de relevante wettelijke en procedurele voorschriften van het land op het grondgebied waarvan het project zal worden gerealiseerd, of voor zover bekend ten minste over de van de procedurele voorschriften van het mogelijk benadeelde buurland afwijkende wettelijke en procedurele voorschriften.

3. Het mogelijk benadeelde buurland dient zo vroeg mogelijk over het project te worden geïnformeerd.

Wanneer een bespreking plaatsvindt over de documenten die naar verwachting overgelegd dienen te worden ("scoping"), dient de informatieverstrekking op een zodanig tijdstip

Nachbarlandes an der Besprechung über Inhalt und Umfang der Unterlagen teilnehmen können; auf jeden Fall aber zu dem Zeitpunkt, zu dem die Behörden oder die Öffentlichkeit des Staates, in dem das Projekt durchgeführt werden soll, unterrichtet werden.

4. Die Beteiligung der Behörden und der Öffentlichkeit des möglicherweise betroffenen Nachbarlandes soll (siehe unten unter II. 5. und II. 7.) möglichst parallel zur Beteiligung der Behörden und der Öffentlichkeit des Staates, in dessen Hoheitsgebiet das Projekt durchgeführt werden soll, erfolgen. Das Verfahren zur Beteiligung soll effektiv und flexibel durchgeführt werden.

5. Eine effiziente Durchführung der grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung bedingt die Benennung von Anlaufstellen in jedem Staat.

Die Anlaufstelle im möglicherweise betroffenen Nachbarland soll die Aufgabe haben, die verfahrensführende Behörde des Staates, in dem das Projekt verwirklicht werden soll (im folgenden zuständige Behörde genannt) im Verfahren der grenzüberschreitenden Beteiligung zu unterstützen. Die Beteiligung der Behörden und der Öffentlichkeit im möglicherweise betroffenen Nachbarland soll in Zusammenarbeit von zuständiger Behörde und Anlaufstelle erfolgen. Die Anlaufstelle soll die zuständige Behörde unter anderem über die zu beteiligenden Behörden, die inhaltlich betroffen sind und deren Stellungnahme deswegen erwünscht ist, informieren und soll zu diesem Zweck (eventuell telefonisch) Gespräche über die konkrete Organisation der Beteiligung und über verfahrensrechtliche Fragen (zum Beispiel Termine, rechtliche Fristen, Pflichten) führen.

Anlaufstellen für die Durchführung der grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung im möglicherweise betroffenen Nachbarland sollen in den Niederlanden die Gedeputeerde Staten von Gelderland, Limburg, Overijssel, Drenthe und Groningen, in Nordrhein-Westfalen die

5

plaats te vinden dat het aanspreekpunt en de betrokken autoriteiten van het buurland kunnen deelnemen aan de bespreking van inhoud en omvang van de documenten, echter uiterlijk op het tijdstip waarop de autoriteiten of het publiek van de staat waar het project zal worden uitgevoerd, worden ingelicht.

4. De deelname van de autoriteiten en het publiek van het mogelijk benadeelde buurland dient (zie onder II. 5 en II. 7) zo veel mogelijk parallel te verlopen aan de deelname van de autoriteiten en het publiek van de staat op het grondgebied waarvan het project zal worden uitgevoerd. De deelnameprocedure dient doelmatig en flexibel te worden toegepast.

5. Voor een efficiënte uitvoering van grensoverschrijdende milieu-effectrapportage dienen in elke staat aanspreekpunten te worden aangewezen.

Een aanspreekpunt in het mogelijk benadeelde buurland dient tot taak te hebben de met de procedure belaste autoriteit van de staat waar het project zal worden gerealiseerd (hierna bevoegd gezag genoemd), te ondersteunen tijdens de grensoverschrijdende deelnameprocedure. Het bevoegd gezag en het aanspreekpunt dienen tezamen zorg te dragen voor de deelname van de autoriteiten en het publiek in het mogelijk benadeelde buurland. Het aanspreekpunt dient het bevoegd gezag o.a. te informeren over de in te schakelen autoriteiten die inhoudelijk betrokken zijn en wier standpunten daarom gewenst zijn, en dient daartoe (eventueel telefonisch) gesprekken over de concrete organisatie daarvan en over procedurele kwesties (bijvoorbeeld afspraken, wettelijke termijnen, verplichtingen) te voeren.

Aanspreekpunten voor de uitvoering van grensoverschrijdende milieu-effectrapportage in het mogelijk benadeelde buurland zijn in Nederland Gedeputeerde Staten van Gelderland, Limburg, Overijssel, Drenthe en Groningen. In Noordrijn-Westfalen zijn dit de districtsregeringen Keulen, Düsseldorf en Münster en in

6

Bezirksregierungen Köln, Düsseldorf und Münster und in Niedersachsen das Umweltministerium des Landes Niedersachsen (siehe Anhang) sein. Soweit es sich um Vorhaben mit Auswirkungen auf die Bundeswasserstrassen der Bundesrepublik Deutschland handelt, sollen auch die Wasser- und Schifffahrsdirektionen Nordwest und West (siehe ebenfalls Anhang) Anlaufstelle sein.

6. Die zuständige Behörde soll das möglicherweise betroffene Nachbarland bei allen Projekten beteiligen, die in einer Entfernung von bis zu fünf Kilometer von der Grenze verwirklicht werden sollen, sofern für diese Projekte eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt wird. In der Emsmündung gemäß Ems-Dollart-Vertrag vom 8. April 1960 soll die Beteiligung bei allen Projekten erfolgen, die innerhalb des Vertragsgebietes verwirklicht werden sollen. Auf die Beteiligung soll ausnahmsweise verzichtet werden können, wenn eindeutig ist, dass erhebliche Umweltauswirkungen im Nachbarland ausgeschlossen sind. Vor der Entscheidung soll sich die zuständige Behörde informell mit der Anlaufstelle zurückkoppeln.

Die zuständige Behörde soll das möglicherweise betroffene Nachbarland auch bei Projekten beteiligen, die außerhalb der im vorgehenden Absatz beschriebenen Gebiete verwirklicht werden sollen, sofern sie einschätzt, dass das Projekt möglicherweise erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt des Nachbarlandes haben könnte. In Zweifelsfällen soll sich die zuständige Behörde informell mit der Anlaufstelle zurückkoppeln. Auf die Beteiligung soll verzichtet werden können, wenn eindeutig ist, dass erhebliche Umweltauswirkungen ausgeschlossen sind.

Stellt die zuständige Behörde erst im Rahmen der Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung fest, dass ein Projekt möglicherweise erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt des Nachbarlandes haben könnte, soll sie Unterlagen (siehe unter II. 3.) an die Anlaufstelle(n) des betroffenen Nachbarlandes übersenden. Wenn im Nachbarland keine erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt gesehen werden, soll die Anlaufstelle

Nedersaksen het ministerie van milieu van de deelstaat Nedersaksen (zie bijlage). Indien het projecten met gevolgen voor de vaarwegen van de Bondsrepubliek Duitsland betreft, dienen ook de Wasser- und Schifffahrsdirektionen Nordwest und West (zie bijlage) als aanspreekpunten te fungeren.

6. Het bevoegd gezag dient het mogelijk benadeelde buurland bij alle projecten te betrekken die op een afstand van ten hoogste 5 kilometer van de grens zullen worden gerealiseerd, voorzover voor deze projecten een milieu-effectrapportage wordt uitgevoerd. In de monding van de Eems overeenkomstig het Eems-Dollardverdrag van 8 april 1960 dient men bij alle projecten die op het gebied waarop het verdrag van toepassing is, gerealiseerd zullen worden het buurland te betrekken. Van het betrekken van het buurland kan bij uitzondering worden afgezien wanneer onomstotelijk vaststaat dat aanzienlijke milieueffecten in het buurland uitgesloten zijn. Voorafgaand aan de besluitvorming dient een informele terugkoppeling tussen het bevoegd gezag en het aanspreekpunt plaats te vinden.

Het bevoegd gezag dient het mogelijk benadeelde buurland ook bij projecten te betrekken die buiten de in de vorige alinea beschreven gebieden gerealiseerd zullen worden, voor zover het project volgens haar inschatting mogelijk aanzienlijke gevolgen voor het milieu in het buurland zou kunnen hebben. In geval van twijfel dient een informele terugkoppeling plaats te vinden tussen het bevoegd gezag en het aanspreekpunt. Van het betrekken van het buurland kan worden afgezien, indien onomstotelijk vaststaat dat aanzienlijke milieueffecten uitgesloten zijn.

Indien het bevoegd gezag pas in de loop van de uitvoering van een milieu-effectrapportage vaststelt dat een project mogelijk aanzienlijke gevolgen voor het milieu in het buurland zou kunnen hebben, dient zij documenten (zie onder II. 3) naar het aanspreekpunt (de aanspreekpunten) van het benadeelde buurland te zenden. Indien in het buurland geen aanzienlijke milieueffecten worden verwacht, dient

dies der zuständigen Behörde mitteilen.

Stellt das möglicherweise betroffene Nachbarland von sich aus einen Antrag auf Beteiligung, soll die zuständige Behörde Unterlagen übersenden.

7. Die zuständige Behörde und die Anlaufstelle sollen im einzelnen entsprechend den Abmachungen unter II. 2. festlegen, wie das Verfahren der Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt wird.

Die unter II. 6. und II. 7. genannten Schritte können in der Praxis zusammenfallen.

8. Die zuständige Behörde und die Anlaufstelle sollen jeweils ihr für Umweltangelegenheiten zuständiges Ministerium über die Durchführung einer grenzüberschreitenden UVP unterrichten. In der Bundesrepublik Deutschland soll das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit von dieser Unterrichtung des zuständigen (Landes-) Ministeriums nach Satz 1 einen nachrichtlichen Abdruck erhalten.

9. Der Öffentlichkeit des möglicherweise betroffenen Nachbarlandes soll in gleicher Weise die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben werden wie der eigenen Öffentlichkeit. Dies soll auch dann gelten, wenn Verfahrensschritte durchgeführt werden, die nicht zwingend vorgeschrieben sind und im Ermessen der zuständigen Behörde liegen.

Dies wird nur bei einer Übersetzung von notwendigen Unterlagen (siehe nachfolgend) voll zu gewährleisten sein.

Soweit die zuständige Behörde gesetzlich eine Übersetzung von Unterlagen durch den Projektträger im Rahmen der nationalen Vorschriften anordnen kann, sollte sie aus den genannten Gründen ihr Ermessen im Regelfall dahingehend ausüben.

Im deutschen Recht kann eine Übersetzung der Zusammenfassung der vorzulegenden Unterlagen

7

het aanspreekpunt dit aan het bevoegd gezag mede te delen.

Indien het mogelijk benadeelde buurland uit eigen beweging erom verzoekt te worden betrokken, dient het bevoegd gezag documenten op te sturen.

7. Het bevoegd gezag en het aanspreekpunt dienen overeenkomstig de afspraken onder II. 2 vast te leggen op welke wijze de autoriteiten en het publiek worden betrokken.

De onder II. 6 en II. 7 genoemde stappen kunnen in de praktijk samenvallen.

8. Het bevoegd gezag en het aanspreekpunt dienen elk hun voor milieuaangelegenheden bevoegde ministerie te informeren over de uitvoering van grensoverschrijdende milieu-effectrapportage. In de Bondsrepubliek Duitsland dient het bondsministerie van Milieuzaken, Natuurbescherming en Veiligheid van Nucleaire Installaties door het bevoegde (deelstaat) ministerie zoals bedoeld in de eerste volzin, te worden ingelicht door middel van een kopie.

9. Het publiek van het mogelijk benadeelde buurland dient op dezelfde wijze in de gelegenheid te worden gesteld commentaar te leveren als het eigen publiek. Dit dient ook te gelden wanneer procedurele stappen plaatsvinden die niet dwingend zijn voorgeschreven en waarover het bevoegd gezag beslist.

Dit kan alleen volledig worden gewaarborgd wanneer de benodigde documenten (zie onder) worden vertaald.

Wanneer het bevoegd gezag in het kader van de nationale voorschriften de opdrachtgever wettelijk kan verplichten documenten te vertalen, dient zij om de bovengenoemde redenen als regel haar bevoegdheid daartoe uit te oefenen.

Krachtens Duits recht kan een vertaling van de samenvatting van de over te leggen documenten

8

sowie, soweit erforderlich, weiterer für die grenzüberschreitende Öffentlichkeitsbeteiligung bedeutsamer Unterlagen zum Vorhaben, insbesondere zu grenzüberschreitenden Umweltauswirkungen, verlangt werden. Das deutsche Recht sieht eine Übersetzung der Entscheidung bei Gegenseitigkeit und Gleichwertigkeit vor.

Im niederländischen Recht kann eine Übersetzung der Startnotiz sowie der Zusammenfassung der Umweltverträglichkeitsstudie verlangt werden. Aufgrund der Zielsetzung der UVP-Änderungsrichtlinie und der Espoo-Konvention kann eine Übersetzung weiterer für die grenzüberschreitende Öffentlichkeitsbeteiligung bedeutsamer Unterlagen zum Vorhaben, insbesondere zu grenzüberschreitenden Umweltauswirkungen, erforderlich sein.

Vor dem Hintergrund der gleichwertigen Beteiligung des Nachbarlandes wird auch eine Übersetzung der Entscheidung einschließlich der Begründung, soweit sie die Äußerungen des Nachbarlandes betrifft, und der Rechtsmittelbelehrung durch die zuständige Behörde für sinnvoll erachtet. Damit soll erreicht werden, dass eine zügige, möglichst gleichzeitige Bekanntmachung erfolgt und die jeweils geltenden Klagefristen beachtet werden können.

Die Einwendungen sollen in der Sprache des möglicherweise betroffenen Nachbarlandes abgegeben werden können. Ist auf einem Erörterungstermin mit der Teilnahme der Öffentlichkeit des möglicherweise betroffenen Nachbarlandes zu rechnen, soll sichergestellt werden, dass der Einwender sich in der Sprache des Nachbarlandes verständlich machen kann.

10. Wenn das Nachbarland oder das Herkunftsland Konsultationen für notwendig halten, sollen die für Umweltangelegenheiten zuständigen Ministerien des Königsreichs der Niederlande und des jeweils betroffenen Bundeslandes (Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen) sowie die fachlich für das

alsmede, voor zover nodig, van andere voor de grensoverschrijdende deelname van het publiek relevante documenten inzake het project, in het bijzonder met betrekking tot grensoverschrijdende milieueffecten, worden verlangd. Het Duitse recht voorziet in een vertaling van het besluit in geval van wederkerigheid en gelijkwaardigheid.

Krachtens Nederlands recht kan een vertaling van de startnotitie alsmede van de samenvatting van het milieu-effectrapport worden verlangd. Op grond van de doelstellingen van de gewijzigde m.e.r.-richtlijn en het ESPOO-verdrag kan een vertaling van andere voor de grensoverschrijdende deelname van het publiek relevante documenten inzake het project, in het bijzonder met betrekking tot grensoverschrijdende milieueffecten, noodzakelijk zijn.

Met het oog op de deelname op gelijke voet van het buurland wordt ook een vertaling van het besluit, met inbegrip van de motivering, voorzover het het commentaar van het buurland betreft, en van de informatie over beschikbare rechtsmiddelen door het bevoegd gezag als zinvol aangemerkt. Daarmee dient te worden bewerkstelligd dat de bekendmaking spoedig en zo mogelijk gelijktijdig plaatsvindt en dat de desbetreffende bezwaartermijnen in acht kunnen worden genomen.

Bezwaren dienen ingediend te kunnen worden in de taal van het mogelijk benadeelde buurland. Wanneer bij een bijeenkomst waarbij bezwaren kunnen worden toegelicht, rekening moet worden gehouden met deelname van het publiek van het mogelijk benadeelde buurland, dan dient te worden gewaarborgd dat degene die bezwaar heeft ingediend, zich in de taal van het buurland verstaanbaar kan maken.

10. Wanneer het buurland of het land van herkomst consultatie noodzakelijk acht, dienen de voor milieuaangelegenheden verantwoordelijke ministeries van het Koninkrijk der Nederlanden en van de desbetreffende getroffen deelstaat (Noordrijn-Westfalen, Nedersaksen) alsmede de inhoudelijk voor het concrete project bevoegde

konkrete Projekt zuständigen Ministerien beteiligt werden; ist auf deutscher Seite eine Behörde des Bundes zuständige Behörde soll das fachlich zuständige Ministerium des Bundes beteiligt werden. Die zuständige Behörde und weitere Beteiligte sollen hinzu gezogen werden können.

Vor der Durchführung von Konsultationen sollen (nach erfolgter Information) zunächst die zuständige Behörde und die betroffenen Behörden beider Staaten, und soweit sinnvoll unter Beteiligung der Anlaufstellen beider Staaten, versuchen, den Anlass für den Konsultationsbedarf einvernehmlich auszuräumen. Bestehende "grenzüberschreitende" Ausschüsse wie die Deutsch-Niederländische Raumordnungskommission, die Ständige Deutsch-Niederländische Grenzgewässerkommission und die ständige deutsch-niederländische Emskommission sollen angehört werden, wenn ihr Aufgabenbereich betroffen ist.

Hält einer der Teilnehmer nach diesem Gespräch gleichwohl Konsultationen für erforderlich, soll er das zuständige Umweltministerium des betroffenen Bundeslandes bzw. das Ministerium für Wohnungswesen, Raumordnung und Umwelt des Königreichs der Niederlande bitten, Konsultationen durchzuführen; ist auf deutscher Seite eine Behörde des Bundes zuständige Behörde soll das fachlich zuständige Ministerium des Bundes um Konsultationen gebeten werden. Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder ein anderes fachlich betroffenes Ministerium des Bundes soll nach dem deutschen Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung an den Konsultationen teilnehmen können; dazu soll es informiert werden, wenn Konsultationen beantragt sind.

11. Die im Zusammenhang mit der grenzüberschreitenden Beteiligung und den Konsultationen im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung entstehenden Kosten des beteiligten Staates, die ihm infolge seiner Beteiligung entstehen, soll der beteiligte Staat tragen.

Die Kosten der Umweltverträglichkeitsprüfung im übrigen (zum Beispiel Kosten für Übersetzungen)

ministeries ingeschakeld te worden. Is aan Duitse zijde een federale autoriteit bevoegd, dan dient het inhoudelijk bevoegde bondsministerie te worden ingeschakeld. Daarbij kunnen de bevoegde autoriteit en andere betrokkenen worden geraadpleegd.

Alvorens tot consultatie over te gaan, dienen het bevoegd gezag en de betrokken autoriteiten van beide staten (zodra zij zijn geïnformeerd), en voor zover zinvol in samenwerking met de aanspreekpunten van beide staten, in eerste instantie te trachten de aanleiding voor de behoefte aan consultatie in goed overleg te verhelpen. Bestaande "grensoverschrijdende" commissies als de Nederlands-Duitse commissie voor ruimtelijke ordening, de Permanente Nederlands-Duitse Grenswaterencommissie en de Permanente Nederlands-Duitse Eemscommissie dienen te worden geraadpleegd wanneer het hun werkterrein betreft.

Indien een van de deelnemers na dit gesprek desondanks consultatie noodzakelijk acht, dient hij het bevoegde milieuministerie van de desbetreffende deelstaat of het ministerie van Volkshuisvesting, Ruimtelijke Ordening en Milieu van het Koninkrijk der Nederlanden om consultatie te verzoeken. Is aan Duitse zijde een federale autoriteit bevoegd, dan dient het inhoudelijk bevoegde bondsministerie te worden verzocht om consultatie. Het bondsministerie van Milieuzaken, Natuurbescherming en Veiligheid van Nucleaire Installaties van de Bondsrepubliek Duitsland of een ander inhoudelijk betrokken bondsministerie dient overeenkomstig de Duitse wet inzake milieu-effectrapportage deel te kunnen nemen aan de consultatie; daartoe dient het te worden geïnformeerd bij verzoeken om consultatie.

11. De kosten die ontstaan in verband met de grensoverschrijdende betrokkenheid en de consultatie in het kader van milieu-effectrapportage draagt de deelnemende staat zelf.

Overige kosten van milieu-effectrapportage (bijvoorbeeld kosten van vertalingen) dienen

10

soll unbeschadet einer eventuellen Möglichkeit einer späteren Geltendmachung gegenüber dem Projektträger der Staat tragen, in dessen Hoheitsgebiet das Projekt durchgeführt werden soll.

niettegenstaande de eventuele mogelijkheid van later verhaal op de opdrachtgever gedragen te worden door de staat op het grondgebied waarvan het project zal worden uitgevoerd.

Diese Gemeinsame Erklärung wird in vierfacher Ausfertigung in deutscher und niederländischer Sprache unterzeichnet.

Deze gemeenschappelijke verklaring wordt ondertekend in vier exemplaren in de Duitse en de Nederlandse taal.

Für das Bundesministerium für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit der
Bundesrepublik Deutschland
J. Trittin
30. Juni 2005

Voor het bondsministerie van Milieuzaken,
Natuurbescherming en Veiligheid van Nucleaire
Installaties van de Bondsrepubliek Duitsland
J. Trittin
30 juni 2005

Für das Ministerium für Wohnungswesen,
Raumordnung und Umwelt des Königreichs der
Niederlande
P. van Geel

Voor het ministerie van Volkshuisvesting,
Ruimtelijke Ordening en Milieu van het Koninkrijk
der Nederlanden
P. van Geel

Für das Umweltministerium des Landes
Niedersachsen
H.H. Sander
20. Juni 2005

Voor het ministerie van Milieu van de deelstaat
Nedersaksen
H.H. Sander
20 juni 2005

Für das Ministerium für Umwelt und Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz des
Landes Nordrhein – Westfalen
B. Höhn
22. Mai 2005

Voor het ministerie van milieu,
natuurbescherming, landbouw en
consumentenbescherming van de deelstaat
Noordrijn-Westfalen
B. Höhn
22 mei 2005

Anhang / Bijlage

Anlaufstellen und sonstige Beteiligte für die Durchführung der grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung

Aanspreekpunten en overige betrokken instanties bij milieu-effectrapportage in grensoverschrijdend verband

Anlaufstellen und sonstige Beteiligte in der Bundesrepublik Deutschland:

Aanspreekpunten en overige betrokken instanties in de Bondsrepubliek Duitsland

I. Anlaufstellen / I. Aanspreekpunten:**Niedersachsen**

Niedersächsisches Umweltministerium

Regierungsvertretung Oldenburg

Herr Josef Rammler

Theodor-Tanzen-Platz 8

26122 Oldenburg

Tel: +49 441/ 799-2352

Fax: +49 441/ 799-62352

Mail: josef.rammler@rv-ol.niedersachsen.de

Nordrhein-Westfalen

Bezirksregierung Düsseldorf

Abteilungsleiter 5

Cecilienallee 2

40474 Düsseldorf

Tel: +49 211/ 475-2374 -2375

Fax: +49 211/ 475-2990

Mail: walter.stork@brd.nrw.de

Bezirksregierung Köln

Abteilungsleiter 5

Zeughausstrasse 2-10

50667 Köln

Tel: +49 221/ 147-3490 -3491

Fax: +49 221/ 147-2469

Mail: manfred.richter@bezreg-koeln.nrw.de

Bezirksregierung Münster

Abteilungsleiter 5

Domplatz 1-3

48143 Münster

Tel: +49 251/ 411 -1150 -1520

Fax: +49 251/ 411 - 1166

Mail : stefan.klaucke@bezreg-muenster.nrw.de

Bund

Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nordwest

Schlossplatz 9

26603 Aurich

bzw.

Postfach 2020

26590 Aurich
Tel: +49 4941/ 602-0
Fax: +49 4941/ 602-378
Mail: poststelle@aur.wsdnw.de

Wasser- und Schifffahrtsdirektion West
Cheruskerring 11
48147 Münster
bzw.
Postfach 5905
48135 Münster
Tel: +49 251/ 2708-0
Fax: +49 251/2708-115
Mail: poststelle@wsd-w.wsv.de

II. Sonstige Beteiligte / II. Overige betrokken instanties

Niedersachsen

Niedersächsische Umweltministerium
Referat 16 - Herr Theodor Schröder
Archivstraße 2
30163 Hannover
Tel: +49 511/ 120 -3280
Fax: +49 511/ 120 - 993280
Mail: theodor.schroeder@mu.niedersachsen.de

Nordrhein-Westfalen

Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
des Landes Nordrhein-Westfalen
MR Lindemann
Schwannstraße 3
40190 Düsseldorf
Tel: + 49 211/ 4566 - 624
Fax: + 49 211/ 4566 - 433
Mail: juergen.lindemann@munlv.nrw.de

Bund

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Referat G I 4 – Herr Matthias Sauer
Alexanderplatz 6
10178 Berlin
Tel: +49 1888 305 – 2253
Fax: +49 1888 305 – 3331
Mail: matthias.sauer@bmu.bund.de

Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen
Invalidenstraße 44
10115 Berlin
Tel: +49 1888 300 - 0
Fax: +49 1888 300 - 3428 / -3429
Mail: poststelle@bmvbw.bund.de

Eisenbahn-Bundesamt
Vorgebirgsstraße 49
53119 Bonn
Tel: +49 228/ 9826 - 0
Fax : +49 228/ 9826 - 119
Mail: poststelle@eba.bund.de

Aanspreekpunten milieu-effectrapportage in Koninkrijk der Nederland

Anlaufstellen in dem Königreich der Niederlanden

Provincie Groningen
Gedeputeerde Staten
t.a.v. Mw. Wilma Degenhart Drenth
Postbus 610
9700 AP Groningen
Tel: + 31 50/ 3164712
Fax: + 31 50/ 3164632
Mail: w.h.degenhardtdrenth@provinciegroningen.nl

Provincie Drenthe
Gedeputeerde Staten
t.a.v. Mw. Brenda Vrieling
Productgroep Milieubeheer
Postbus 122
9400 Assen
Tel: + 31 592/ 365825
Fax: + 31 592/ 365216
Mail: b.vrieling@drenthe.nl

Provincie Overijssel
Provinciebestuur van Overijssel
Eenheid Economie, Milieu en Toerisme
Team Beleid
t.a.v drs. H.Th.A. Wubbolts
Tel: + 31 38/ 4251472
Fax: + 31 38/ 4257501
Mail: hta.wubbolts@prv-overijssel.nl

Provincie Gelderland
Gedeputeerde Staten
Dienst Milieu en Water
t.a.v. Mw. Annemiek Beemer
Postbus 9090
6800 GX Arnhem
Tel: + 31 26/ 3598653
Fax: + 31 26/ 3598359
Mail: a.beemer@prv.gelderland.nl

Provincie Limburg

Gedeputeerde Staten

t.a.v. Mr. Peter Kuppers

Hoofdgroep MW

Postbus 5700

6202 MA Maastricht

Tel: + 31 43/ 3897644

Fax: + 31 43/ 3897977

Mail: pem.kuppers@prvlimburg.nl

Ministerie van Volkshuisvesting, Ruimtelijke Ordening en Milieubeheer

Directie Strategie en Bestuur

t.a.v. Mr. Paul Klaassens

Postbus 30945

IPC 660

2500 GX Den Haag

Tel: + 31 70/ 3394024

Fax: + 31 70/ 3391302

Mail: paul.klaassens@minvrom.nl

772

DIN 19700 – Stauanlagen (Teile 10 bis 15)

RdErl. d. Ministeriums für Umwelt und Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
– IV – 10 – 4000 – 34.972
v. 19.12.2006

Die vom Normenausschuss Wasserwesen (NAW) im DIN Deutsches Institut für Normung e.V. als

- a) DIN 19700-10 Stauanlagen Teil 10: Gemeinsame Festlegungen (Ausgabe Juli 2004)
- b) DIN 19700-11 Stauanlagen Teil 11: Talsperren (Ausgabe Juli 2004)
- c) DIN 19700-12 Stauanlagen Teil 12: Hochwasserrückhaltebecken (Ausgabe Juli 2004)
- d) DIN 19700-13 Stauanlagen Teil 13: Staustufen (Ausgabe Juli 2004)
- e) DIN 19700-14 Stauanlagen Teil 14: Pumpspeicherbecken (Ausgabe Juli 2004)
- f) DIN 19700-15 Stauanlagen Teil 15: Sedimentationsbecken (Ausgabe Juli 2004)

herausgegebenen Normen werden hiermit nach § 106 Abs. 1 des Landeswassergesetzes NRW (LWG) in Verbindung mit § 31 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) als allgemein anerkannte Regeln der Technik eingeführt und treten an die Stelle der Ausgabe Januar 1986.

Der RdErl. d. Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft v. 15.8.1989 (MBL. NRW. S. 1308, SMBl. NRW. 772) wird aufgehoben.

– MBl. NRW. 2007 S. 52

7861

**Richtlinien
über die Gewährung von Zuwendungen
zur Förderung von landwirtschaftlichen Betrieben
in benachteiligten Gebieten (Ausgleichszulage)
und in Gebieten mit umweltspezifischen
Einschränkungen (Ausgleichszahlung)**

RdErl. d. Ministeriums für Umwelt und Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
– II-3 – 2114/05; III-9 – 941.00.05.03 –
v. 11.12.2006

Der RdErl. d. Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft v. 18.6.2000 (MBL. NRW. S. 764, SMBl. NRW. 7861), zuletzt geändert durch RdErl. v. 30.12.2005 (MBL. NRW. 2006 S. 48), wird wie folgt geändert:

1. In Nummer 1.2 erhält der letzte Absatz folgende Fassung:
„Rechtsgrundlage zur Gewährung der Ausgleichszulage ist das Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) vom 21. Juli 1988 (BGBl. I S. 1055), zuletzt geändert am 2. Mai 2002 (BGBl. I S. 1527), sowie die Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 des Rates vom 17. Mai 1999 (ABl. L 160/80 v. 26.6.1999) in Verbindung mit Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 des Rates vom 20. September 2005 (ABl. L 277/1 v. 21.10.2005) Verordnung (EG) Nr. 817/2004 vom 29. April 2004 (ABl. L 153/30 v. 30.4.2004) in den jeweils gültigen Fassungen. Rechtsgrundlage zur Gewährung der Ausgleichszahlung ist die Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 des Rates vom 20. September 2005 in Verbindung mit Verordnung (EG) Nr. 817/2004 vom 29. April 2004 in den jeweils gültigen Fassungen.“
2. Die Nummer 4.6 wird gestrichen.
3. In Nummer 5.3 wird die Zahl „46“ ersetzt durch die Zahl „36“.

4. Nummer 5.5.1 wird wie folgt geändert:

- a) Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Die Ausgleichszulage beträgt je Hektar förderfähiger Fläche in Gemeinden bzw. Gemeindeteilen mit einer LVZ

- bis 15: bis zu 115 EUR
- über 15 bis 20: bis zu 90 EUR
- über 20 bis 25: bis zu 60 EUR
- über 25 bis 30: bis zu 35 EUR
- über 30 bis 35: bis zu 25 EUR.“

- b) nach Satz 2 wird als Satz 3 eingefügt:

„Für Grünlandflächen außerhalb des Landes Nordrhein-Westfalen beträgt die Ausgleichszulage unabhängig von der LVZ 25 EUR/ha.“

5. In Nummer 5.5.2.1 wird die Angabe „bis zu 123 EUR“ ersetzt durch die Angabe „bis zu 98 EUR“.
6. In Nummer 5.5.2.2 wird die Angabe „bis zu 61 EUR“ ersetzt durch die Angabe „bis zu 48 EUR“.
7. In Nummer 5.5.2.3 wird die Angabe „bis zu 46 EUR“ ersetzt durch die Angabe „bis zu 36 EUR“.
8. Die Nummer 6.3 erhält folgende Fassung:

„6.3

Werden die verbindlichen Anforderungen der Artikel 4 und 5 und der Anhänge III und IV der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 von den Begünstigten nicht im gesamten Betrieb aufgrund einer unmittelbar dem einzelnen Betriebsinhaber zuzuschreibenden Handlung oder Unterlassung erfüllt, so wird der Gesamtbetrag der in dem betreffenden Kalenderjahr zu gewährenden Ausgleichszulage/Ausgleichszahlung nach den Artikeln 41, 65 Abs. 2, 66 und 67 der Verordnung (EG) Nr. 796/2004 der Kommission vom 21. April 2004 (ABl. L 141/18 v. 30.4.2004) in der jeweils gültigen Fassung gekürzt.“

9. Die Nummer 6.4 wird gestrichen.
10. Die Nummer 6.5 wird die Nummer 6.4.
11. In Nummer 8 Satz 2 wird die Angabe „31.12.2006“ ersetzt durch die Angabe „31.12.2013“.
12. Die Anlage 1 „Antrag auf Gewährung einer Zuwendung“ wird wie folgt geändert:

- a) Die Nummer 5.2.6 erhält folgende Fassung:

„5.2.6

die verbindlichen Anforderungen der Artikel 4 und 5 und der Anhänge III und IV der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 im gesamten Betrieb erfüllt werden. Mir ist bekannt, dass bei festgestellten Verstößen oder Unterlassungen gegen die v.g. Bestimmungen der Gesamtbetrag der in dem betreffenden Kalenderjahr zu gewährenden Ausgleichszulage/Ausgleichszahlung nach den Artikeln 41, 65 Abs. 2, 66 und 67 der Verordnung (EG) Nr. 796/2004 der Kommission vom 21. April 2004 (ABl. L 141/18 v. 30.4.2004) in der jeweils gültigen Fassung gekürzt wird.“

- b) Die Nummer 5.3.7 wird gestrichen.

Dieser RdErl. tritt mit Wirkung vom 1.1.2007 in Kraft.

– MBl. NRW. 2007 S. 52

II.**Landschaftsverband Rheinland**

**Veröffentlichung des Entzuges
der Vertretungsbefugnisse
für die Krankenhauszentralwäschereien**

Bek. d. Landschaftsverbandes Rheinland
vom 18.12.2006 – 06-00 – 025 – 00

Gemäß § 3 Abs. 2 der Eigenbetriebsverordnung vom 16. November 2004 (GV. NRW. S. 644), geändert durch Gesetz vom 6. Januar 2005 (GV. NRW. S. 15) in Verbindung mit § 4 Abs. 2 der Betriebssatzung für die Krankenhauszentralwäschereien, wird hiermit der Entzug der Vertretungsbefugnisse von Herrn Jürgen Bongers für die Krankenhauszentralwäschereien veröffentlicht. Gleichzeitig werden die Vertretungsbefugnisse des Nachfolgers bekannt gemacht.

Veröffentlichung der Vertretungsbefugnisse für die Krankenhauszentralwäschereien

Bek. d. Landschaftsverbandes Rheinland
vom 18.12.2006 – 06-00 – 025 – 00

Gemäß § 3 Abs. 2 der Eigenbetriebsverordnung vom 16. November 2004 (GV. NRW. S. 644), geändert durch Gesetz vom 6. Januar 2005 (GV. NRW. S. 15) in Verbindung mit § 4 Abs. 2 der Betriebssatzung für die Krankenhauszentralwäschereien, wird hiermit die Vertretungsbefugnis für die Krankenhauszentralwäschereien veröffentlicht.

1. Vertretung der Krankenhauszentralwäschereien

1.1 Betriebsleitung

Die Betriebsleitung der Krankenhauszentralwäschereien wird kommissarisch durch den Kaufmännischen Direktor (k) der Rheinischen Kliniken Mönchengladbach

Herrn Diplom-Kaufmann Udo Fechner
wahrgenommen.

1.2 Stellvertretung

Die Betriebsleitung wird vertreten durch den stellvertretenden Leiter des Wirtschafts- und Verwaltungsdienstes der Rheinischen Kliniken Bedburg-Hau:

Herrn Assessor Edgar Seeber

2. Abgabe formbedürftiger Verpflichtungserklärungen

Verpflichtungserklärungen gemäß § 4 Abs. 3 Satz 1 der Betriebssatzung in Verbindung mit § 21 Abs. 1 der Landschaftsverbandsordnung bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Unterzeichnung durch den Direktor des Landschaftsverbandes Rheinland oder seinen allgemeinen Vertreter als dem sachlich zuständigen Landesrat.

Aufgrund der Betriebssatzung gehören insbesondere dazu:

- An- und Verkauf von Grundstücken sowie Bestellung dinglicher Rechte an Grundstücken,
- Miet- und Pachtverträge über Grundstücke und Räume außerhalb des Sondervermögens,
- Miet- und Pachtverträge über Grundstücke und Räume des Sondervermögens und mit einer Monatsmiete/-Pacht von mehr als 5000,00 EUR,
- Aufträge nach VOL bei einem Gesamtwert von mehr als 150.000,00 EUR,
- Aufträge nach VOB mit einem Vergabewert von mehr als 150.000,00 EUR bei kurzfristigen Investitionen sowie mittel- und langfristigen Investitionen, soweit die Gesamtkosten der Maßnahme 750.000,00 EUR nicht überschreiten,
- Versicherungsverträge, einschließlich Schadensregulierung.

Das Formerfordernis nach § 21 Abs. 1 Landschaftsverbandsordnung wird auch insoweit gewahrt, als eine vom Direktor des Landschaftsverbandes Rheinland oder seinem allgemeinen Vertreter als dem sachlich zuständigen Landesrat unterzeichnete Vollmacht vorliegt (§ 21 Abs. 2 Landschaftsverbandsordnung).

3. Abgabe formfreier Verpflichtungserklärungen

Verpflichtungserklärungen unterliegen nicht dem Formerfordernis des § 21 Abs. 1 der Landschaftsverbandsordnung in Verbindung mit § 4 Abs. 3 Satz 2 der Betriebssatzung, soweit sie im Rahmen der laufenden Betriebsführung abgegeben werden.

3.1 Zuständigkeit der Betriebsleitung

In allen zur laufenden Betriebsführung sowie allen zum Betrieb der Krankenhauszentralwäschereien gehörenden Angelegenheiten, die der Entscheidung der Betriebsleitung unterliegen, wird der Landschaftsverband durch die Betriebsleitung vertreten.

Die Betriebsleitung kann durch ihren Stellvertreter vertreten werden.

Die Betriebsleitung entscheidet u. a. über:

- Erteilung von Aufträgen nach VOB bei einem Vergabewert im Einzelfall bis zu 150.000,00 EUR bei kurzfristigen Investitionen,
- Erteilung von Aufträgen nach VOL bei einem Vergabewert bis zu 150.000,00 EUR,
- Miet- und Pachtverträge über Grundstücke und Räume des Sondervermögens und mit einer Monatsmiete/Pacht von bis zu 5000,00 EUR.

3.2 Delegation der Unterzeichnungsbefugnis

Ist die Betriebsleitung allein zuständig (§ 3 Abs. 4 Betriebssatzung in Verbindung mit Ziffer 5.3 der Dienstweisung für die Betriebsleitung), kann sie die Unterzeichnungsbefugnis übertragen. Für die Abgabe entsprechender formfreier Verpflichtungserklärungen ist folgenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Unterzeichnungsbefugnis übertragen worden:

- ohne Einschränkung Herrn Diplom-Kaufmann Udo Fechner
- bis zu 25.000,00 EUR Herrn Assessor Edgar Seeber
bei Abwesenheit von Herrn Udo Fechner ohne Einschränkung.
- bis zu 20.000 EUR Herrn Hans-Joachim Giesen
bei gleichzeitiger Abwesenheit von Herrn Udo Fechner und Herrn Seeber ohne Einschränkung.
- bis zu 20.000 EUR Herrn Wilfried Groenewald
bei Abwesenheit von Herrn Hans-Joachim Giesen

Köln, den 18. Dezember 2006

Der Direktor des
Landschaftsverbandes Rheinland
M o l s b e r g e r

– MBl. NRW. 2007 S. 52

AOK Westfalen-Lippe

27. Nachtrag vom 12.12.2006 zur Satzung der AOK Westfalen-Lippe vom 18. 2. 1994

Die Satzung der AOK Westfalen-Lippe, zuletzt geändert durch den 26. Nachtrag vom 29.3.2006, wird wie folgt geändert:

Artikel 1 Änderung der Satzung

1.
In § 16 Abs. 2 wird die Angabe „13,0“ durch die Angabe „13,8“ ersetzt.
2.
In § 16 Abs. 3 wird die Angabe „18,3“ durch die Angabe „19,1“ ersetzt.
3.
In § 16 Abs. 4 wird die Angabe „11,2“ durch die Angabe „12,3“ ersetzt.
4.
In § 16 Abs. 5 Nr. a wird die Angabe „18,3“ durch die Angabe „19,1“ ersetzt.

5.

In § 16 Abs. 5 Nr. b wird die Angabe „13,0“ durch die Angabe „13,8“ ersetzt.

6.

In § 16 Abs. 7 wird die Angabe „5,1“ durch die Angabe „5,7“ ersetzt.

Artikel 2 In-Kraft-Treten

Dieser Nachtrag tritt am 1.1.2007 in Kraft.

Dortmund, den 12. Dezember 2006

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates
K e p p e l e r

Der Vorsitzende des Vorstandes
N a d o l n y

Genehmigung

Der vorstehende Satzungsnachtrag Nr. 27 wird gemäß § 195 Abs. 1 SGB V genehmigt.

Essen, den 15. Dezember 2006

II 1-3600.1-2-I

Landesversicherungsamt Nordrhein-Westfalen
Im Auftrag
Dr. S c h i k o r s k i

– MBl. NRW. 2007 S. 53

Zwölfter Nachtrag vom 12.12.2006 zum Anhang 2 zur Satzung der AOK Westfalen- Lippe vom 18.02.1994

Die Satzung der AOK Westfalen-Lippe wird in ihrem Anhang 2, dieser zuletzt geändert durch den Elften Nachtrag vom 29.3.2006, wie folgt geändert:

Artikel 1 Änderung der Umlagesätze

1.

In § 4 Abs. 2 wird die Angabe „1,9“ durch die Angabe „1,5“, die Angabe „3,5“ durch die Angabe „3,1“ und die Angabe „1,4“ durch die Angabe „1,0“ ersetzt.

2.

In § 4 Abs. 3 wird die Angabe „0,26“ durch die Angabe „0,19“ ersetzt.

Artikel 2

In-Kraft-Treten

Dieser Nachtrag tritt am 1.1.2007 in Kraft.

Dortmund, den 12. Dezember 2006

Der Vorsitzende
des Verwaltungsrates in Angelegenheiten
des Ausgleichs von Arbeitgeberaufwendungen für
Entgeltfortzahlung und bei Mutterschaft

Dr. P r o j a h n

Der Vorsitzende des Vorstandes

N a d o l n y

Genehmigung

Der vorstehende Satzungsnachtrag Nr. 12 zum Anhang 2 wird gemäß § 195 Abs. 1 SGB V genehmigt.

Essen, den 18. Dezember 2006

II 1-3600.1-2-I

Landesversicherungsamt Nordrhein-Westfalen
Im Auftrag
Dr. S c h i k o r s k i

– MBl. NRW. 2007 S. 54

Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR)

Jahresrechnung des Zweckverbandes VRR für das Jahr 2005 und Entlastung des Verbandsvorstehers

Die Verbandsversammlung hat mit Datum vom 6.12.2006 die Abnahme der Jahresrechnung 2005 beschlossen und dem Verbandsvorsteher für das Haushaltsjahr 2005 Entlastung erteilt.

Der Beschluss wird hiermit gemäß § 94 der GO NRW in Verbindung mit § 8 des GkG öffentlich bekannt gemacht.

Jahresrechnung und Rechenschaftsbericht können innerhalb eines Monats nach dieser Bekanntmachung in den Räumen des Zweckverbandes VRR, Augustastr. 1 in 45879 Gelsenkirchen, Raum L 11 eingesehen werden.

Gelsenkirchen, den 19. Dezember 2006

Adolf M i k s c h
Vorsitzender der Verbandsversammlung

– MBl. NRW. 2007 S. 54

**Hinweis
für die Bezieher des Ministerialblattes
für das Land Nordrhein-Westfalen**

Einbanddecken zum Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen – Jahrgang 2006 –

Der Verlag bereitet für den Jahrgang 2006 Einbanddecken für 1 Band vor zum Preis von 12,00 Euro zuzüglich Versandkosten.

In diesem Betrag sind 19 % Mehrwertsteuer enthalten. Bei Bestellung mehrerer Exemplare vermindern sich die Versandkosten entsprechend. Von der Voreinsendung des Betrages bitten wir abzusehen.

Bestellungen werden bis zum 1.3.2007 unter Angabe der Kundennummer an den Verlag erbeten.

– MBl. NRW. 2007 S. 55

Ab 1. Januar 2007 ist die **CD-ROM neu gestaltet und sie wird preisgünstiger.**

Die CD-ROM wird jetzt als Doppel-CD „SGV. NRW. und SMBl. NRW.“ herausgegeben.

Sie enthält somit stets das gesamte Landesrecht und alle Verwaltungsvorschriften (Erlasse) auf dem aktuellen Stand.

Im Abonnement kostet diese neue Doppel-CD nicht mehr als früher eine Einzel-CD, nämlich nur 77 € pro Jahr.

Das **neue Bestellformular** mit den neuen Preisen befindet sich **im MBl. Nr. 28, S. 538.**

Hinweis:

Die Gesetz- und Verordnungsblätter, die Ministerialblätter, die Sammlung aller Gesetze und Verordnungen des Landes NRW (SGV. NRW.) sowie die Sammlung der in Teil I des MBl. NRW. veröffentlichten Erlasse (SMBl. NRW.) stehen **im Intranet des Landes NRW** zur Verfügung.

Dasselbe wird **auch im Internet angeboten.** Die Adresse ist: <http://sgv.im.nrw.de>. Hingewiesen wird auf den kostenlosen Service im Internet unter der genannten Adresse. Dort finden Sie Links zu vielen qualitativ hochwertigen Rechtsangeboten.

Wollen Sie die Inhaltsangabe eines jeden neuen Gesetzblattes oder Ministerialblattes per Mail zugesandt erhalten? Dann können Sie sich in das **Newsletter-Angebot** der Redaktion eintragen. Adresse: <http://sgv.im.nrw.de>, dort: kostenloser Service.

Einzelpreis dieser Nummer 4,95 Euro

zuzügl. Porto- und Versandkosten

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den A. Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für

Abonnementsbestellungen: Grafenberger Allee 82, Fax (02 11) 96 82/2 29, Tel. (02 11) 96 82/2 38 (8.00–12.30 Uhr), 40237 Düsseldorf

Bezugspreis halbjährlich 57,50 Euro (Kalenderhalbjahr). Jahresbezug 115,- Euro (Kalenderjahr), zahlbar im Voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10., für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim A. Bagel Verlag vorliegen.

Reklamationen über nicht erfolgte Lieferungen aus dem Abonnement werden nur innerhalb einer Frist von vier Wochen nach Erscheinen anerkannt.

In den Bezugs- und Einzelpreisen ist keine Umsatzsteuer i. S. d. § 14 UStG enthalten.

Einzelbestellungen: Grafenberger Allee 82, Fax: (02 11) 96 82/2 29, Tel. (02 11) 96 82/2 41, 40237 Düsseldorf

Von Vorabesendungen des Rechnungsbetrages – in welcher Form auch immer – bitten wir abzusehen. Die Lieferungen erfolgen nur aufgrund schriftlicher Bestellung gegen Rechnung. Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim A. Bagel Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgeber: Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf

Herstellung und Vertrieb im Namen und für Rechnung des Herausgebers: A. Bagel Verlag, Grafenberger Allee 82, 40237 Düsseldorf

Druck: TSB Tiefdruck Schwann-Bagel, Düsseldorf und Mönchengladbach

ISSN 0177-3569